

Einigung auf internationalen Pandemievertrag - ohne die USA

Faire Zugangsmöglichkeiten zu Medikamenten und Schutzmaterial, leistungsfähige Gesundheitssysteme für alle Länder und ein besseres, abgestimmtes Krisenmanagement: All dies soll der neue Pandemievertrag der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ermöglichen. Bundesgesundheitsminister **Karl Lauterbach** (SPD) sprach von einer „historischen Einigung“. Nach drei Jahren der Verhandlungen hatten sich die Mitgliedsländer der WHO Mitte April 2025 auf einen Pandemievertrag geeinigt. Sobald der Vertrag von den Ländern ratifiziert ist, soll es schneller möglich sein, dass ein von einer Pandemie betroffenes Land von der Weltgemeinschaft mit mehr als 190 beteiligten Ländern mit Impfstoffen versorgt wird. Die Länder ihrerseits verpflichten sich, ihre Gesundheitssysteme besser auszustatten. Die USA haben sich seit dem Amtsantritt Donald Trumps als US-Präsident nicht mehr an den Verhandlungen beteiligt. Trump hat den Austritt der USA aus der WHO ab 2026 verkündet. Auch Argentinien hat den Austritt erklärt und im Verhandlungsausschuss zu Protokoll gegeben, dass es sich dem Konsens über den Text nicht anschließt.

Das Ziel des Vertrages: Nie wieder soll die Welt bei einer großen Gesundheitsnotlage wie der Coronapandemie in eine ähnliche Panik verfallen. Chaotische Zustände bei der Beschaffung von Schutzmaterial sollen der Vergangenheit angehören, ebenso wie die ungerechte Verteilung der Impfstoffe. Eine weltweite Ausbreitung tödlicher Viren wie etwa Corona kann nach der Erwartung des Bundesgesundheitsministers auf die Art sogar künftig früher eingedämmt oder verhindert werden.

Der internationale Vertrag der Weltgemeinschaft soll die Prävention stärken, damit sich tödliche Erreger möglichst gar nicht ausbreiten können. Eine neue Pandemie sei nur eine Frage der Zeit, warnt die WHO. Nach Information der Impfstoffinitiative CEPI liege die Chance, dass die heutige Bevölkerung eine weitere Pandemie erlebt, bei 38 %. Eine Ursache dafür sei, dass sich die Menschen in Gebiete ausbreiten, die der Tierwelt vorbehalten waren. Ferner begünstige der Klimawandel mit Hitze und Überschwemmungen die Ausbreitung von Insekten und Erregern.



Foto: Shutterstock

Das bis dahin unbekannte Virus Sars-CoV-2 breitete sich ab Ende 2019 innerhalb von Wochen weltweit aus. Weltweit brach die Wirtschaft ein, Millionen Kleinunternehmer gingen Konkurs. Die Länder reagierten zum Teil panikartig und setzten eigene Interessen zunächst ohne Rücksicht auf andere durch. Regierungen machten sich gegenseitig Schutzmaterial streitig und als der Impfstoff da war, haben viele Länder ihn gehortet. Den Kürzeren zogen schwächere Länder. Während in Europa teils schon die dritte Impfung verabreicht wurde, warteten in anderen Ländern Menschen noch auf den ersten Impfstoff.

Mit dem neuen Vertrag verpflichten sich die Länder, ihre Gesundheitssysteme und die Überwachung des Tierreichs so zu stärken, dass Krankheitsausbrüche schnell entdeckt und möglichst im Keim erstickt werden. Alle Länder sollen Zugriff auf Schutzmaterial, Medikamente und Impfstoff haben. Gesundheitspersonal soll zuerst versorgt werden.

Pharmafirmen sollen ihr Know-how teilen, damit auch in anderen Ländern Medikamente und Impfstoffe produziert werden können. DNA-Sequenzen von Pathogenen sollen für die Entwicklung von Arzneien und Impfstoffen frei zur Verfügung gestellt werden. Im Gegenzug sollen Pharmaunternehmen der WHO 10 % ihrer Produktion zur Verteilung in ärmeren Ländern spenden und weitere 10 % zu günstigen Preisen abgeben (Pabs-System).

Die Pharmaindustrie pocht indes darauf, dass der Patentschutz nicht gelockert wird. Sonst lohnten sich risikoreiche Investitionen in die Forschung nicht mehr, sagt der Generaldirektor des Verbands der Pharmahersteller, IFPMA, **David Reddy**. Die Beteiligung von Firmen an jeglichen Abmachungen müssten freiwillig sein.

Es wird erwartet, dass der endgültige Text, sofern er angenommen wird, auf der kommenden Weltgesundheitsversammlung (WHA) im Mai 2025 verabschiedet wird. Noch muss aber über die Modalitäten der Pathogen-Bereitstellung und die Produktionsabgabe der Pharmafirmen verhandelt werden, was Monate dauern dürfte. Eine endgültige Einigung, auch über Bestimmungen zur Weitergabe von Technologien, steht noch aus. Der

Vertrag wird danach den Parlamenten zur Ratifizierung vorgelegt. Er tritt in Kraft, wenn 60 Länder ihn ratifiziert haben. Die Bestimmungen gelten nur in den Ländern, die ihn angenommen haben. Regelmäßig müssen die Länder berichten, wie sie vorankommen. Der Vertrag betont, dass die WHO keine Maßnahmen wie Lockdowns anordnen kann. Dies obliegt wie bisher den nationalen Regierungen und Behörden.

Dr. Maria Guevara, internationale medizinische Leiterin der Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“, begrüßte die Aufnahme mehrerer positiver Elemente in den Vertrag. „Sie senden ein starkes Signal der weltweiten Solidarität und demonstrieren ein kollektives Engagement für eine integrative, transparente Regierungsführung und die notwendige Rechenschaft, um sich besser auf künftige Pandemien und Gesundheitsnotfälle vorzubereiten.“ Zugleich forderte sie die Länder auf, den eingegangenen Verpflichtungen auch Taten folgen zu lassen. „Es ist an der Zeit, den Menschen weltweit Vorrang vor Profiten und nationalen Einzelinteressen einzuräumen und dafür zu sorgen, dass lebensrettende medizinische Hilfsmittel diejenigen erreichen, die sie am dringendsten brauchen.“

Die forschende Pharmaindustrie habe zugesagt, im Pandemiefall einen Teil der Produktion von Impfstoffen, Therapeutika und Diagnostika für prioritäre Bevölkerungsgruppen in Ländern mit niedrigem Einkommen zu reservieren, so der Präsident des Verbandes Forschender Arzneimittelhersteller e. V. (vfa) **Han Steutel**: „Der Patentschutz für diese Produkte ist dabei Teil der Lösung und nicht Teil des Problems. Ohne ihn müssten sich Unternehmen weitgehend aus der Entwicklung von Mitteln gegen pandemische Erreger heraushalten. Er bietet auch einen geeigneten Rahmen für Lizenzabkommen zwischen entwickelnden Unternehmen und Produzenten in Schwellenländern“, so Steutel. Deshalb sei es gut, dass Bundesregierung und EU-Kommission in den Verhandlungen standhaft vertreten hätten, dass Intellectual Property im Pandemiefall nicht ausgesetzt werden dürfe.

Tanja Kotlorz

Anzeige

ropimex® Sichtschutz-Systeme

10
JAHRE
Garantie
auf
Scharniere

Seit 1976:

- Teleskopischer Sichtschutz
- Faltschirme
- Paravents
- Schienensysteme
und vieles mehr

360°
view

